

zende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), Dr. Janusz Rat, an.

Haushaltsplan abgelehnt

Den Haushaltsplan 2012 konnte der BZÄK-Vorstand nicht gegen den Willen der Bundesversammlung durchsetzen. Hier hatte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Michael Förster (BLZK), gegen die vorgesehene zweimalige Anhebung des Beitrags im kommenden Jahr interveniert. Stattdessen wurde auf Vorschlag des Haushaltsausschusses beschlossen, den Beitrag im kommenden Jahr für die BZÄK lediglich um 0,55 Cent pro Mitglied anzuheben.

Allerdings steht dann 2013 eine weitere Beitragsanhebung ins Haus, die dem „Projekt 2020“ der Bundeszahnärztekammer geschuldet ist. Nach mehr als 20-stündigem Diskussionsmarathon schloss die Bundesversammlung am Samstag, den 12. November, gegen 18.00 Uhr. Der vorgelegte Entwurf des Sitzungsausschusses konnte nicht mehr beraten



Delegierte aus Bayern (v.l.n.r.): Dr. Stefan Böhm, Dr. Michael Förster (gleichzeitig Vorsitzender des BZÄK-Haushaltsausschusses), Dr. Christian Öttl, Dr. Manfred Kinner und Dr. Jörg Lichtblau

werden. Hier steht unter Umständen eine außerordentliche Bundesversammlung im kommenden Jahr ins Haus.

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK

VFB trifft Vertreter der CSU-Landesgruppe

Die Gewerbesteuer, das kurz vor der Verabschiedung stehende Versorgungsstrukturgesetz und die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ), die am selben Tag vom Bundeskabinett in Kraft gesetzt wurde – das waren Themen eines Gesprächs zwischen Vertretern des Verbands Freier Berufe in Bayern (VFB) und dem Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, MdB, am 16. November 2011 in München. Neben einigen Ressort-Mitarbeitern der CSU nahmen daran auch Abgeordnete des Bayerischen Landtags unter Führung von Landtagspräsidentin Barbara Stamm teil. Aus der Bundestagsfraktion der CSU waren Johannes Singhammer und Stephan Stracke, die auch Mitglieder im Ausschuss für Gesundheit des Bundestages sind, anwesend. Dabei wurde deutlich, dass sich die Landesgruppe der CSU mit der neuen GOZ in der „Beglückerrolle“ der Zahnärzteschaft sieht. Die berechtigte Kritik der Zahnärzte wurde nicht gehört.

Auch von Stellungnahmen der Bundeszahnärztekammer und der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ließen sich die CSU-Vertreter nicht beeindrucken. Ganz zu schweigen von dem Einwand, dass die Ausdehnung des Volumens nichts mit der betriebswirtschaftlichen Erbringbarkeit der Einzelleistung zu tun habe und bei der GOZ 1987 auch so nicht beabsichtigt war. Zum Versorgungsstrukturgesetz forderten die Vertreter erneut die Stärkung der Selbstverwaltung, insbesondere auch unter dem Aspekt der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements. Die Kammern der Heilberufe waren sich einig, dass die Kontrolle der Qualität medizinischer Behandlungsleistungen übergeordnet bei ihnen zu verankern sei.

Michael Schwarz
Vizepräsident des Verbands Freier Berufe in Bayern
Referent Freie Berufe und Mittelstand/Europa der BLZK



Foto: VFB

Gewerbesteuer, Versorgungsstrukturgesetz und GOZ waren Themen des Gesprächs zwischen VFB- und CSU-Vertretern.